



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

Sonderausgabe

25. August 1950

Wir übersenden Ihnen heute eine umfassende, teilweise wörtliche Wiedergabe der Ausführungen Dr. Schumachers zur Frage der deutschen Sicherheit.

Schumacher über die deutsche Sicherheit in Bonn am 23. August

Dr. Schumacher äußerte zu Beginn seiner Ausführungen die Bitte, sich in der Diskussion einmal auf eine ganz bestimmte Frage zu konzentrieren:

Die deutsche Sicherheit.

Es komme darauf an, einen Standpunkt zu präzisieren, und zwar aufgrund einer genauen Analyse der gegebenen Möglichkeiten und zu sehen, inwieweit dieser Standpunkt durchsetzbar sei. Schumacher nannte dann die Stellungnahme Adenauers in der "New York Times" einen Diskussionsbeitrag, der durch die Eigenschaft Adenauers als Kanzler qualifiziert sei. "Selbst vorausgesetzt, dass Regierung und Regierungsparteien ihn decken, kann er aber in diesem Stadium noch nicht als deutscher Standpunkt angesehen werden, in keinem Falle aber als Standpunkt des ganzen deutschen Volkes, in Sonderheit des durch die SPD repräsentierten Teiles.

Der Standpunkt Adenauers in diesem Interview war im Grundton etwas Neues gegenüber dem Standpunkt, den er bis dahin hatte erkennen lassen. Der Gang der Ereignisse hat den Kanzler offenbar zu gewissen Korrekturen veranlasst. Wir können uns damit nicht polemisch auseinandersetzen, wir müssen uns aber mit den Erklärungen von deutscher Seite, die in der Welt eine Rolle spielen, beschäftigen. Die Wisper- und Flüsterpropaganda über die Stärke der Sowjetarmee in der Sowjetzone und über Umfang, Armierung und Zielsetzung der Volkspolizei hat bedenklichen Umfang angenommen. Ich kann nicht im einzelnen prüfen, wie weit solche Nachrichten Grund für eine veränderte Stellungnahme bei dem einen oder anderen deutschen Politiker abgeben. Ein Teil der Angaben hat sich jedenfalls schon als falsch herausgestellt". Schumacher betonte ausdrück-

lich, dass er sich nicht mit den aus verschiedenen Quellen genannten Zahlen über die Volkspolizei identifiziere.

Die Rolle der Fachleute.

Die Diskussion werde ja, fuhr Schumacher fort, weitgehend von militärischen Fachleuten getragen. "Ich betone, dass sie unentbehrlich sind. Aber das Problem ist ein zentralpolitisches, bei dem jeder Beitrag der Fachleute nur ein Hilfsmittel für die Erarbeitung einer verantwortlichen politischen Linie darstellt. Es gibt nun freilich verschiedene Grade von Fachleuten und ich möchte niemandem Unrecht tun". Aber es sei vom deutschen Standpunkt aus klug, das Urteil der Fachleute nicht allzu sehr in den Vordergrund zu stellen. Denn nach der Entwicklung der letzten 15 bis 20 Jahre könne der deutsche Standpunkt doch in ein gewisses Zwielicht kommen, das weder die deutschen Politiker, noch die verantwortlichen deutschen Militärs verdienten. "Fachmännische Urteile können wir nur von Leuten akzeptieren, die ihre persönliche und berufsständische Auffassung absolut hinter der Aufgabe zurückstellen, ihrem Lande und der Freiheit zu dienen. Andere Ratschläge aus anderer Quelle können nicht akzeptiert werden. Es ist notwendig, mit absoluter Ehrlichkeit und Folgerichtigkeit über diese Dinge zu sprechen.

Man weiss, dass die Deutschen geneigt sind, sich einem militärischen Urteil zu beugen und daraus politische Konsequenzen zu ziehen. Und doch ist entscheidend, dass es in der Strategie einen gewaltigen und zentralen Unterschied gibt zwischen der militärischen und der politischen Denkform. Eine militärische Denkform wird immer darauf ausgehen, ein bestimmtes Ziel zu erreichen und die Mittel dorthin zu erkunden. Jedes politische Denken aber muss berücksichtigen, welche Konsequenzen das Erreichen der Ziele haben wird.

An die Volkspolizei.

Man spricht bei der Erörterung des deutschen Sicherheitsproblems von Polizeibereitschaft. Darf ich diesen Komplex ausschalten. Das sind Dinge, über die man sich einigen kann. Andere Dinge freilich sind sehr viel wichtiger - die Frage einer maximalen polizeilichen Verstärkung in Form einer Anti-Volkspolizei und verschiedene abgeschwächte Varianten der wirklichen militärischen Aufrüstung sowie die Vielfältigkeit der Äusserungen und Vermutungen zu diesem Thema ist eine ständig grosse Quelle der Verängstigung in unserem Volk. Wenn wir aber über konstante und fest umrissene Begriffe diskutieren, werden wir weiterkommen und die

Nerven unserer Mitbürger schonen können. Es ist nun die Frage aufgetaucht, ob die Deutschen nicht die Bundesrepublik selbst schützen könnten. Schon eine solche Fragestellung ist eine Irreführung. Die beiden wesentlichen Gesichtspunkte, unter denen man die Untersuchung führen muss, sind: Verteidigung gegen wen? Verteidigung mit welchen Mitteln?"

Schumscher sprach hier die Warnung vor dem "propagandistischen Unfug" aus, der mit der Volkspolizei betrieben werde. "Die Volkspolizei soll uns jetzt und an dieser Stelle in ihrer Grösse, ihrem Ausbildungsgrad und ihrem Ziel nicht interessieren. Selbst wenn man annimmt, dass die Volkspolizei wirklich einmal marschieren sollte, dann ist diese Frage doch etwas ganz anderes als die Verhältnisse in Korea. Die Volkspolizei marschiert gewiss nicht in ein unbesetztes Land. Weil aber im Gegensatz zu Korea einmarschierende Formationen auf die Truppen der Besatzungsmächte stossen würden, ist jeder Vergleich vor allem im Hinblick auf die sich daraus ergebenden Weiterungen von vornherein abwegig. Dieser Vergleich ist eine propagandistische russische Erfindung und kein anderer Vergleich ist so gefährlich in seiner prorussischen Auswirkung und ist so objektiv falsch, wie der Vergleich Deutschland - Korea. Deshalb ist auch jede partielle Rüstung, die sich sozusagen allein gegen die Volkspolizei richtet, Unsinn.

Da die objektiven Voraussetzungen eines solchen Vergleiches nicht gegeben sind, können wir auch nicht unter dieser Voraussetzung die Frage der deutschen Rüstung betrachten. Wenn einmal die Volkspolizei marschiert - ich persönlich vermute, wenn sie es tut, würde sie wohl hinter der Roten Armee als eine Art SS-Verfügungstruppe in das Land einrücken - dann marschiert auch die Rote Armee und nur dann ist es möglich, ^{dass} die Volkspolizei mit den Besatzungsmächten kämpft.

Das "ungefragte Angebot".

In dieser Situation kommt nun, unter Heranziehung vieler Vergleiche in Korea und unter Ausnutzung der Angstzustände in unserem Volk ein ungefragtes Angebot für eine partielle Aufrüstung. Wir müssen zunächst feststellen: die erklärte Politik aller drei Okkupationsmächte ist eine andere als die, welche in den von dort aufsteigenden Versuchsbällons zum Ausdruck kommt. Es kann aber auf die Dauer auf der Seite der Alliierten nur eine Art Politik geben.

Ich sehe eine genügende politische Basierung für ein solches Angebot nicht ein. Jetzt kommen Leute, die die deutsche Aufrüstung unter

dem Interesse i h r e s Landes betreiben möchten, in die Situation, den Deutschen etwas zu gewähren, was die fremden Länder eigentlich von den Deutschen seit langem wollen. Die Zeitung "Die Tat" hat gesagt, dass Deutschland mit einem solchen Angebot den letzten Trumpf aus der Hand gibt. Sie kennen meine Auffassung im Hinblick auf Strassburg, ich kann das Gleiche analog für diesen Fall sagen. Gewisse Dinge, die damit erreicht werden sollen - Fortfall des Ruhrstatuts, Neuregelung der Frage der Sicherheitsbehörde usw. - diese Dinge sollte man nicht zu einem System taktischer Bedingungen machen, sie sind in Wirklichkeit selbstverständliche Voraussetzungen". (Etwas später: "Die Amerikaner haben nur eins nicht: Zeit. Und gerade die haben sie verschenkt. Die kann man aber nicht mit nervösen Rüstungsmanipulationen auf deutscher Seite wieder einholen").

"Jedes völkerrechtliche und politische Entgegenkommen ist ja nicht etwas, wofür wir Zug um Zug mit irgend einer innerdeutschen Rüstungsleistung zahlen könnten oder dürften. Ausserdem gibt es in jedem Fall für eine längere Periode kein Stadium wirksamen Schutzes, weder zusätzlich durch internationale Kräfte, noch vor allem durch deutsche Kräfte. Jeder deutsche militärische oder militärpolizeiliche Schutz würde zu seiner Verwirklichung eine längere Periode brauchen. Es ist zu untersuchen, was denn überhaupt möglich ist

1. mit deutschen Kräften?
2. mit europäischen Kräften?
3. in der Versorgung und Bewaffnung?

Mit deutschen Kräften isoliert ist überhaupt nichts möglich. Mit der Konzentrierung europäischer Kräfte allein ist auch nichts Entscheidendes möglich, es müssen schon die Kräfte der USA mit eingesetzt werden. Die Frage der Bewaffnung schliesslich ist die Frage des Anlaufens einer grossen Industrieproduktion, die auch ihre Zeit braucht. Es ist heute in der europäischen Presse schon eine Diskussion über die Reihenfolge im Gange, in der die einzelnen Nationen nach der Maßgabe zuerst die zuverlässigen und dann die zweifelhaften Freunde zu bewaffnen seien". Ein solches Verfahren nannte Schumacher "mehr als dubios".

"Alle diese Dinge bringen die deutschen Kräfte gegenüber einem übermächtigen Angreifer nur in die Situation der hinhaltenden Verteidigung. Spätestens im Herbst 1947 war dabei dieser Zustand, in dem wir uns heute befinden, politisch und militärpolitisch deutlich zu erkennen". Schumacher fügte hinzu: Jeder, der mit einer teilweisen Aufrüstung operiere,

gebe auch Berlin auf, denn diese Methode bedeute ja den Verzicht auf lange Sicht, in Berlin eine offensive Politik zu führen.

Voraussetzungen für einen deutschen Beitrag.

"Wenn man an das deutsche Volk um einen Beitrag zur Verteidigung Europas und der Demokratie herantritt, dann ist dazu vorweg zu sagen: der Beitrag des deutschen Volkes ist ja ein ganz anderer als der jedes anderen europäischen Volkes, schon einmal aus der geographischen Lage und ihren militärischen Konsequenzen. Aber ich meine auch weiter folgendes: unser Volk hat mehr als drei Mill. Tote und drei Mill. Schwerkriegsbeschädigter gelassen. Es hat absolut und mehr noch prozentual Verluste an der Volkssubstanz erlitten, wie kein anderes der mittel- oder west-europäischen Völker. Ein unverzichtbares Stück unserer Politik ist deshalb die grösstmögliche Erhaltung unserer menschlichen und sozialen Volkssubstanz.

Wenn wir in die Situation kommen, unser Volk für die Verteidigung der Freiheit aufzurufen, dann müssen wir ihm sehr real sagen, dass dieses Volk ein eigenes Vaterland verteidigt, um es vom Kriege freizuhalten und dass es nicht dazu da ist, die Reste seiner menschlichen Substanz als verlorener Haufen im Vorfeld des Kampfes der anderen zu verbüttern, während irgendwo bei Dünkirchen glorreiche Divisionen aufmarschieren. Welche deutsche Aufrüstung sollte die sowjetische Armee aufhalten?!"
Alle Organisationsspielereien, wie Luftschutz, Arbeitsdienst usw. seien überflüssig, da sie die Bundesrepublik nur in einen Partisanenkrieg führen könnten.

"Es gibt eine Situation, in der eine deutsche Bereitschaft vorhanden wäre. Sie tritt ein, wenn die Weltdemokratien, einschliesslich der USA, im Falle einer sowjetischen Aktion, die einen Krieg auslösen würde, Deutschland offensiv nach dem Osten hin verteidigen, und zwar das ganze Deutschland, um es so vor den schwersten Zerstörungen eines neuen Krieges zu bewahren. Östlich von Deutschland an Weichsel und Njemen muss man mit allen Kräften die Kriegsentscheidung suchen. Das ist die einzigste Voraussetzung für ein Ja oder Nein zur deutschen Wiederaufrüstung!"

Das Können und das Wollen der USA und der übrigen Demokratien der westlichen Welt müsse eindrucksvoll und sichtbar werden. Es dürfe nicht nur zu einer "theatralischen Verstärkung" der Besatzungstruppen um zwei bis drei Divisionen kommen, sondern es müsse eine monumentale Macht-

konzentration längs der Elbe erfolgen. Im anderen Falle könnte man in Deutschland niemandem zumuten, vor allem aber nicht der Jugend, zu den Waffen zu greifen. Er, Schumacher, könne auch nicht einsehen, weshalb nicht amerikanische Truppen ebensogut in der Lüneburger Heide oder in Grafenwöhr wie in Texas oder Arizonas ausgebildet werden können. Verführe man nicht so, sondern nach dem Prinzip der partiellen Remilitarisierung, so sei die Folge im Ernstfall nur eine Konzentration der Zerstörung in Deutschland. Aber nur die Konzentration der Machtmittel sei das Fundament, auf dem das notwendige Zutrauen für eine erfolversprechende Verteidigung neu errichtet werden könne. Bei Nichterfüllung dieser Voraussetzung könnten die Deutschen sich nicht zur Verfügung stellen.

„Vor allem aber kommt man nicht zu einer effektiven Verstärkung der Westkräfte in Europa und Deutschland mit dem Angebot eines deutschen Rüstungssurrogates. Damit leitet man eine der gefährlichsten Perioden ein, denn jede Schaffung eines solchen Rüstungssurrogates dient den Verantwortlichen in Washington als Entschuldigung dafür, dass sie entsprechend weniger Kräfte nach Deutschland zu schaffen brauchen“. Schumacher nannte es einen entscheidenden taktischen Fehler, dass in dieser Situation ein deutsches Rüstungsangebot gemacht worden sei, das praktisch für die Verteidigung unser s Vaterlandes oder unserer Volkssubstanz keinen Wert habe. „Wir dürfen keine untaugliche Ersatzlösung anbieten, wir müssen auf die konzentrierte Lösung hinarbeiten. Wird sie uns gewährt: Ja; wird sie uns verweigert: Nein“. Man höre so oft: aber man muss doch etwas tun. - Es komme nur darauf an, etwas Richtiges zu tun, aber gefährlicher als nichts zu tun sei, etwas Falsches zu tun.

Politische Aktivität.

Aktivität sollte vor allem woanders entwickelt werden: auf dem Gebiete des politischen Kampfes gegen den Bolschewismus. Er verstehe nicht, warum nicht alle deutschen Politiker diesen Kampf der Aufklärung und der Aufrüttelung mit der gleichen Schärfe und Entschlossenheit führten. Ein bedeutsames Mittel zur Kriegsverhinderung sei immer, den möglichen Aggressor wissen zu lassen, dass das Volk, gegen das er Absichten hat, ihn ablehnt. Am 15. Oktober werde in der Sowjetzone gewählt. Wo sei die Auslösung einer wuchtigen Gegenwirkung gegen diese Maßnahme? „Jeder von uns bekommt irgendwie die fünfte Kolonne zu spüren, in den auf die verschiedenste Weise kaschierten Formen. Was geschieht in der deutschen Öffentlichkeit zur Aufdeckung dieser fünften Kolonne?“

An dieser Stelle richtete Schumacher einen Appell an die

Presse, einen wichtigen Beitrag zu leisten. Sie müsse zu einer levée en masse gegen die Unfreiheit und die Vorbereiter dieser Unfreiheit aufrufen. Es gehe nicht mehr an, dass der Industrielle aus Gründen der Rückversicherung in kommunistischen Zeitungen inseriere oder sich sonst irgendwie den Rücken zu decken versuche. Es gehe auch nicht an, dass besonders in gewissen intellektuellen Schichten dieser oder jener Sowjet-Block direkt oder indirekt propagiert werde, zum Beispiel die verschiedenen Varianten der Formel von der nationalen Einheit. Man solle dazu übergehen, in dieser Hinsicht belastete Namen der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Die Periode der Rückversicherung würde dann in ein schnelles Schrumpfungsstadium kommen. "Ich glaube nicht, dass man die Anknüpfung der Wirtschaftsbeziehungen privaten Firmen überlassen kann. Jetzt verhandelt zum Beispiel eine Handelsdelegation der Sowjetzone mit der Regierung Mao Tse Tung. Die Grundlagen dieser Verhandlungen aber bilden fest umrissene Angebote westdeutscher Industriefirmen, die im Original nach Peking mitgenommen worden sind".

Schumacher ging dann auf die tieferen sozialen Ursachen gewisser Erfolge des Bolschewismus in Asien ein und nannte China und Korea als die zwei grossen Warnungen, was geschehen könne, wenn unbedingt notwendige lebenswichtige Reformen in einem Lande unterblieben. Das soziale Gefälle von der Sowjetunion nach asiatischen Agrarländern sei zwar vorhanden, nicht aber nach dem industriellen Westen. Trotzdem dürfe man nicht übersehen, dass jede Politik, die den Reallohn und die Realrenten schwäche, sich objektiv als Begünstigung der kommunistischen Chance auswirke.

Schumacher schloss mit der Feststellung: "Die soziale Sicherheit und der soziale Wohlstand sind die Grundlage jedes Gefühls, in seinem Lande auch etwas verteidigen zu können und zu verteidigen zu haben. Auch der grösste Idealismus ist nicht losgelöst von dem sozialen Wohlergehen der Menschen, die ja schliesslich arbeiten, um menschlich zu leben".